

Große Anfrage

der Abgeordneten Sibylle Laurischk, Rainer Brüderle, Dirk Niebel, Uwe Barth, Ina Lenke, Miriam Gruß, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Konsequenzen der Auswanderung Hochqualifizierter aus Deutschland

Wissenschaftler und qualifizierte Fachkräfte suchen immer häufiger ihre beruflichen Chancen im Ausland. Oft werden Tätigkeiten im Ausland auch nur zeitweise ausgeübt. Die „Auswanderung auf Zeit“ spielt international eine zunehmende Rolle und ist eine Folge der Globalisierung von Wirtschaft und Wissenschaft. Dabei kommt es zunehmend zu einem Wettbewerb um die besten Köpfe. Durch ihn entscheidet sich, wer bei den Zukunftstechnologien, aber auch in entscheidenden Wirtschaftsbereichen erfolgreich mithalten kann. Für Deutschland kommt es darauf an, in diesem Wettbewerb nicht auf Dauer auf der Verliererseite zu stehen.

Im Jahr 2005 verließen über 145 000 deutsche Auswanderer offiziell die Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl der tatsächlichen Auswanderung liegt allerdings noch wesentlich höher; Experten schätzen diese auf bis zu 250 000 Personen. Eine Auswanderung aus der Bundesrepublik Deutschland fand immer statt, allerdings waren die Zahlen noch nie so hoch. Hinzu kommt, dass die heutigen Auswanderer zumeist junge und sehr gut ausgebildete Deutsche sind. Legt man diese Zahlen zugrunde, ist per saldo betrachtet Deutschland kein Einwanderungs-, sondern eher ein Auswanderungsland.

So stellt auch die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 8. Juni 2006 fest: „Von den 450 000 Zuwanderern in der deutschen Migrationsstatistik 2005 bleiben am Ende kaum 20 000 Einwanderer im klassischen Wortsinn – wenn man darunter Menschen versteht, die eigenständig nach Deutschland kommen, um hier auf Dauer zu leben und zu arbeiten. Das ist nicht einmal ein Zehntel der Zahl, die wir nach vorsichtigen Schätzungen brauchen, um den demographischen Wandel zu bewältigen. Besonders gering sind die Zuwanderungszahlen derjenigen, die

Deutschland sich am sehnlichsten wünscht: Im Jahr 2005 kamen nur etwa 900 Hochqualifizierte ins Land. Bei den Selbständigen liegen die Schätzungen noch darunter – bei mageren 500.“

Fast alle deutschen Nobelpreisträger der vergangenen Jahre, wie Horst L. Stornier, Herbert Kroemer und Wolfgang Kettele, arbeiten an amerikanischen Universitäten. Über 12 000 deutsche Ärzte haben bereits im Ausland eine Anstellung gefunden, während hiesige Krankenhäuser versuchen, ihre offenen Stellen mit Medizinern aus Osteuropa zu decken. Amerikanische und britische Krankenhausärzte verdienen das Drei- bis Vierfache ihrer deutschen Kollegen. An den deutschen Universitäten werden die angehenden Mediziner schon während des Studiums darauf aufmerksam gemacht, dass ihre beruflichen Chancen im Ausland liegen und nicht innerhalb des deutschen Gesundheitswesens.

Auch bei den Wissenschaftlern und Hochschullehrern drücken die Probleme: ein gewaltiger Stellenbedarf, der nicht befriedigt wird; beamtenrechtliche Hindernisse; kaum nachvollziehbare Praktiken bei der Gestaltung und Befristung von Arbeitsverhältnissen; noch immer kein Wissenschaftstarifvertrag, der leistungsgerechte Bezahlung und wissenschaftsgerechte Arbeitsbedingungen regelt; dazu immer mehr fachfremde Aufgaben und bürokratische Regelungen.

Mehr als 400 000 europäische Wissenschaftler arbeiten heute in den USA. Gemäß einer Umfrage der amerikanischen National Science Foundation planen 75 Prozent der europäischen Doktoranden, die an amerikanischen Universitäten promovieren, ihre Karriere in den Staaten; sie haben keine Intention zurückzukehren. Im Jahr 1990 waren dies etwa 45 Prozent.

Nach den Angaben des US-Zensus sollen derzeit rund 18 000 Deutsche im Hochschul- und Forschungsbereich der Vereinigten Staaten tätig sein. Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft spricht von einer negativen Wanderungsbilanz von Spitzenkräften. Ab- und Zuwanderung von Akademikern hielten sich zwar die Waage, doch die Qualifikation der Abwanderer sei deutlich höher. Abhilfe sollen z. B. Projekte wie das seit drei Jahren laufende „GAIN“-Projekt (German Academic International Network), eine Gemeinschaftsinitiative der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), bringen. Ziel des Projektes ist es, deutsche Akademiker in Nordamerika über Stellen in Deutschland zu informieren und, u. a. mittels Rückkehrstipendien, nach Deutschland zurückzuholen.

Für Deutschland gilt: Der „brain drain“ (die Abwanderung der Intelligenz) nimmt weiter zu, ohne dass ein vollständiger Ausgleich, geschweige denn der aus demografischen Gründen erwünschte Überschuss durch Zuwanderung erfolgt. Verglichen etwa mit Großbritannien, wo die Zahlen der Abwanderung traditionell sehr hoch sind, gelingt es Deutschland also bisher nicht, diese Lücken durch qualifizierte Zuwanderung auszugleichen.

Es stellt sich daher die Frage, ob der deutsche Arbeitsmarkt für hochqualifizierte Wissenschaftler und Fachkräfte international noch genügend Anziehungskraft bietet.

Für ausländische Studieninteressierte, aber auch für interessierte Spitzenkräfte gibt es im Vergleich zu konkurrierenden Staaten noch immer erhebliche ausländischer- und arbeitsrechtliche Erschwernisse. Der Verbleib ausländischer Hochschulabsolventen in Deutschland nach Abschluss ihres Studiums wird nur unzureichend gefördert. So hat eine Umfrage des DAAD bei den akademischen Auslandsämtern ergeben, dass die bisherigen Änderungen des Aufenthaltsgesetzes zwar leichte Verbesserungen gebracht, aber die geweckten Erwartungen in keiner Weise erfüllt haben.

Das Deutsche Studentenwerk weist darauf hin, dass durch einen Gesetzentwurf des Bundesministeriums des Innern die Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis für ausländische Studierende sogar noch erheblich verschärft werden sollen.

Aber nicht nur Wissenschaftler, sondern sowohl gute als auch hochqualifizierte Fachkräfte suchen immer häufiger ihre beruflichen Chancen im Ausland, da Deutschland trotz Fachkräftemangels anscheinend keine ausreichende Perspektive für diesen Personenkreis bietet.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Allgemeine Fragen

1. Wie definiert die Bundesregierung Auswanderung?
2. Wie bewertet die Bundesregierung den Trend zur Auswanderung hochqualifizierter Deutscher?
3. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dieser Bewertung?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die neusten OECD-Zahlen, nach denen mehr als 7 Prozent der Deutschen mit einem weiterführenden Abschluss in einem anderen OECD-Land leben (SZ vom 23. August 2006)?
5. Welche Hauptmotivationen führen nach Einschätzung der Bundesregierung zur Auswanderung?
6. Welchen Einfluss hat nach Auffassung der Bundesregierung insbesondere die Höhe des Spitzensteuersatzes auf die Auswanderungsentscheidung?
7. Welche Standortnachteile sieht die Bundesregierung in Deutschland im Bereich der sozialen und familiären Rahmenbedingungen, die eine Auswanderung begünstigen?
8. Welche Gründe veranlassen „Auswanderer“, wieder nach Deutschland zurückzukehren?
9. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Qualifikation der Rückkehrer?
10. Welche Auswirkungen hat die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland auf die Auswanderungsentscheidung?
11. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um den sogenannten „brain drain“ zu stoppen?
12. Welche Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung von nach Deutschland zurückkehrenden „Auswanderern“ sind der Bundesregierung bekannt?

II. Statistische Daten

13. Von welchen Zahlen der Abwanderung geht die Bundesregierung für die nächsten Jahre aus?
14. Wie viele der Abwanderer siedeln in ein anderes Land der EU über?
15. Welches Alter haben die Auswanderer (bitte nach Kategorien gliedern: bis 25, 26 bis 45, 46 bis 55, 56 bis 65, 66 und älter)?
16. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Zahl der Auswanderer, aufgeteilt nach Berufsgruppen und Bildungsabschlüssen?
17. Wie viele Akademiker verlassen binnen eines Jahres nach Beendigung ihres Studiums Deutschland, um ihre Karriere im Ausland zu beginnen (bitte nach Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften etc. aufgliedern)?

18. Wie teilt sich die Zahl der Auswanderer nach Frauen und Männern auf?
 19. Wie teilt sich die Zahl der Auswanderer in Singles und Familien auf?
 20. Wie viele „Abwanderer“ üben eine Berufstätigkeit im Ausland aus, behalten aber ihren Wohnsitz in Deutschland, und wie wird dieser Personenkreis statistisch erfasst?
 21. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der nicht in der „Auswanderungsstatistik“ erfassten Auswanderer, und wie wird sich diese Zahl in den kommenden Jahren entwickeln?
 22. Welche Erkenntnisse liegen über die Dauer des Aufenthaltes im Ausland vor?
 23. Wie viele Auswanderer vollzogen diesen Schritt
 - a) aus einer bestehenden Arbeitslosigkeit,
 - b) aufgrund einer Anwerbung eines ausländischen Unternehmens,
 - c) aus Eigeninitiative aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis,
 - d) aufgrund der Verlagerung des Arbeitsplatzes ins Ausland?
 24. In wie vielen Fällen haben in den letzten zehn Jahren Deutsche nach der Auswanderung eine neue Staatsangehörigkeit erworben und in diesem Zusammenhang die deutsche verloren (§ 17 des Staatsangehörigkeitsgesetzes – StAG) (bitte jährliche Auflistung)?
 25. In wie vielen Fällen wurden während der letzten zehn Jahre nach § 25 Abs. 2 StAG Beibehaltungsgenehmigungen erteilt, und welches waren die Hauptanwendungsfälle (bitte jährliche Auflistung)?
 26. Wie haben sich Gesamtzahl und Begründung für die Erteilung von Beibehaltungsgenehmigungen nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform der Staatsangehörigkeit am 1. Januar 2000 verändert, und in welchem Umfang wurden Beibehaltungsgenehmigungen insbesondere aufgrund eines besonderen öffentlichen Interesses oder zur Vermeidung beruflicher Nachteile erteilt?
 27. Wie hat sich die Zahl der jährlich nach Deutschland zurückkehrenden „Auswanderer“ in den letzten zehn Jahren entwickelt?
 28. Wie wird sich diese Zahl nach Auffassung der Bundesregierung künftig entwickeln?
 29. Warum wurden bisher die statistischen Daten der Auswanderung nicht analog der Migrationsstatistik genauer erfasst, und plant die Bundesregierung eine genauere Datenerfassung zu befördern?
- III. Werbung und Beratung auswanderungswilliger deutscher Staatsbürger
30. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass deutsche und allgemein europäische Studierende während ihres Auslandsstudiums gezielt geworben werden?
 31. Welche Arten der gezielten Abwerbung Hochqualifizierter an deutschen Universitäten, im Internet oder sonstiger Art sind der Bundesregierung bekannt?
 32. Wie vertragen sich diese Aktivitäten mit den Bestimmungen des Auswandererschutzes (AuswSG), nach denen die Auswandererberatung unter Erlaubnisvorbehalt steht?

33. Ist der Erlaubnisvorbehalt des AuswSG noch zeitgemäß, da dieser gemäß dem Wortlaut des §1 AuswSG auch für die Unternehmen/Institutionen aus Mitgliedstaaten der EU gilt?
 34. Unter welchen Voraussetzungen gelten die Bestimmungen des AuswSG auch für Internetangebote?
 35. Welche Rechtsfolgen hat § 1 Abs. 3 AuswSG vor dem Hintergrund, dass sowohl § 292 Abs. 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) als auch § 302 Abs. 2 SGB III weggefallen sind?
Bedeutet dies, dass es einen generellen Erlaubnisvorbehalt gibt?
 36. In welchem Verhältnis steht das AuswSG zu § 292 SGB III?
 37. Wie viele Verfahren wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 6 AuswSG wurden in den letzten zehn Jahren eingeleitet, und wie hoch waren die verhängten Bußgelder?
 38. Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung das AuswSG gegebenenfalls weiterhin für notwendig?
 39. Welche Beratungsmöglichkeiten und -stellen gibt es für Auswanderungswillige?
 40. Welche Beratungsstellen werden direkt oder indirekt staatlich finanziert, und welche genauen Kosten werden dadurch verursacht (bitte genaue Aufschlüsselung)?
 41. Wieso hält es die Bundesregierung angesichts der enormen Abwanderung Hochqualifizierter weiterhin für sinnvoll, eine Beratung aus Steuermitteln zu finanzieren, wie z. B. den Zuschuss für die Wohlfahrtverbände zur Beratung von Auswanderungswilligen (EP 17)?
 42. Wie viele Beratungen wurden durch die Beratungsstellen (Frage 39) in den letzten zehn Jahren jährlich vorgenommen?
 43. Wie viele Beratungen für Auswanderungswillige wurden von den Wohlfahrtsverbänden jährlich in den letzten zehn Jahren vorgenommen?
 44. Wie viele Beratungen für Auswanderungswillige wurden von der Bundesagentur für Arbeit jährlich in den letzten zehn Jahren vorgenommen?
 45. Wie viele Vermittlungen der Bundesagentur für Arbeit gab es in den letzten zehn Jahren ins Ausland (bitte genaue Aufschlüsselung nach Jahren, Berufen und Bildungsabschlüssen)?
- IV. Auswirkungen auf den Wissenschaftsstandort Deutschland
46. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass an den Universitäten verbeamtete Professoren ihren Studierenden gelegentlich geradezu empfehlen, das Land zu verlassen, da ihre Karriere im Inland nicht gewährleistet sei?
 47. Gibt es Überlegungen der Bundesregierung oder der Länder, Akademiker, die unmittelbar nach dem Studium eine Beschäftigung im Ausland antreten, anteilig an den Bildungskosten zu beteiligen?
 48. Wie schätzt die Bundesregierung die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Deutschland ein angesichts der Tatsache, dass viele Wissenschaftler ihre Berufskarriere ins Ausland verlegen?
 49. Welche Auswirkungen auf den akademischen Arbeitsmarkt sind zu erwarten?

50. Hält die Bundesregierung Projekte wie „GAIN“ für geeignet, um Spitzenakademiker für eine Rückkehr nach Deutschland zu gewinnen, und wie bewertet die Bundesregierung dieses Projekt?
51. Welche anderen Initiativen, die das Ziel verfolgen, Spitzenakademiker eine Rückkehr nach Deutschland zu erleichtern, sind der Bundesregierung bekannt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Initiativen?
52. Welche Rahmenbedingungen der wissenschaftlichen Berufstätigkeit sind in Deutschland schlechter als in Vergleichsländern?
53. Welche Schwierigkeiten bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Titeln und akademischen Abschlüssen haben Deutsche, die nach dieser Ausbildung nach Deutschland zurückkehren, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in diesem Bereich?

V. Wirtschaftliche Auswirkungen der Auswanderung

54. Welchen Bedarf sieht die Bundesregierung zukünftig an hochqualifiziertem Personal in der deutschen Wirtschaft, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für geeignet, diesem Bedarf gerecht zu werden?
55. Welche Auswirkungen hat der „brain drain“ auf die Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb?
56. Wie bewertet die Bundesregierung die Verdienstmöglichkeiten für Spitzenkräfte in Deutschland verglichen mit den Verdienstmöglichkeiten im Ausland?
57. Welche Auswirkungen hat die Auswanderung Hochqualifizierter auf die Privatwirtschaft vor dem Hintergrund, dass es in Deutschland einen Mangel an hochqualifiziertem Personal gibt?
58. Welche Schwierigkeiten bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen haben Deutsche, die nach dieser Ausbildung nach Deutschland zurückkehren, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in diesem Bereich?
59. Welche Überlegungen existieren seitens der Bundesregierung, bei Arbeitslosigkeit automatisch auch eine Arbeitsvermittlung ins Ausland vorzunehmen (siehe DIE ZEIT v. 28. September 2006)?
60. Welche Auswirkungen haben deutsche Auslandsinvestitionen bzw. Firmenverlagerungen in das Ausland auf die Abwerbung deutschen Personals für diese Firmengründungen?
61. Welche volkswirtschaftlichen Kosten entstehen aufgrund der Abwanderung?
62. Welche Auswirkungen hat die Abwanderung auf die Sozialversicherungssysteme?

VI. Auswirkungen der Altersdiskriminierung

63. Welche Auswirkungen haben existierende Altersgrenzen bei der Berufseinstellung oder Verbeamtung auf die Abwanderung hochqualifizierter älterer Fachkräfte besonders im Wissenschaftssektor?
64. Welche Auswirkungen haben die bestehenden Ruhestandsregelungen für die Abwanderung hochqualifizierter Wissenschaftler?
65. Plant die Bundesregierung existierende Altersgrenzen, auch angesichts des Verbotes der Altersdiskriminierung im verabschiedeten Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), beizubehalten?

VII. Fragen zur Einwanderung

66. Wie bewertet die Bundesregierung den Misserfolg der sogenannten Green Card, mit der Spitzenkräfte nach Deutschland geholt werden sollten?
67. Worauf ist das Scheitern der „Green Card“ zurückzuführen?
68. Welche Rolle spielen dabei die bisherigen Einkommensvorgaben zur Erlangung einer „Green Card“, und welche Maßnahmen zur Änderung dieser Vorgaben sind geplant?
69. Welche Veränderungen sind nach Auffassung der Bundesregierung notwendig, um den Anteil der nach Deutschland einwandernden Selbständigen zu erhöhen?
70. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung insbesondere, um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Partnerinnen und Partner ausländischer Hochqualifizierter in Deutschland zu erleichtern?
71. Plant die Bundesregierung Änderungen bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse?
Wenn ja, welche?
72. Hält es die Bundesregierung für ausreichend, dass ausländische Studierende nach ihrem Hochschulabschluss nur ein Jahr lang eine der Ausbildung angemessene Beschäftigung in Deutschland suchen dürfen und diese auch nur dann antreten dürfen, wenn sich kein Deutscher und kein EU-Bürger für diese Beschäftigung interessiert?
73. Hält es die Bundesregierung für zweckmäßig, dass während dieser Suche nach einem regulären Beschäftigungsverhältnis die Arbeitserlaubnis, welche für ausländische Studierende (90 Arbeitstage/Jahr) gilt, erlischt und somit nur derjenige ausländische Akademiker, der über genügend eigenes Vermögen verfügt, in Deutschland auf Arbeitssuche gehen kann?
74. Welche Änderungen plant die Bundesregierung gegebenenfalls an dieser Regelung?
75. Welche weiteren Hindernisse für den Verbleib ausländischer Akademiker, die in Deutschland studiert haben, sieht die Bundesregierung?
Teilt die Bundesregierung insbesondere die Auffassung des DAAD, der in einer Umfrage bei den Akademischen Auslandsämtern festgestellt hat, dass das geänderte Aufenthaltsrecht nicht die gewünschten Erwartungen erfüllt, sondern für internationale Studierende und Wissenschaftler nur leichte Verbesserungen brachte?
76. Wie viele ausländische Akademiker mit deutschem Hochschulabschluss verlassen nach erfolgreichem Studium das Land, und sind der Bundesregierung die Beweggründe hierfür bekannt?
77. Wie viele ausländische Akademiker mit deutschem Hochschulabschluss verlassen nach erfolgreichem Studium das Land und gehen nicht in ihr Heimatland zurück, sondern nehmen eine Beschäftigung in einem anderen ausländischen Staat an; und sind der Bundesregierung die Beweggründe hierfür bekannt?
78. Wie schätzt die Bundesregierung das Fehlen eines „tenure track“ und die bestehenden Befristungsregelungen für junge Wissenschaftler als mögliches Hemmnis für das Interesse ausländischer Wissenschaftler an einer Tätigkeit in Deutschland ein?
79. Welche Initiativen der Bundesregierung ggf. im Zusammenwirken mit den Ländern sind geplant, um das Marketing für den Hochschulstandort Deutschland fortzuführen und ggf. zu verstärken?

80. Welche Initiativen zur Unterstützung der Anwerbung hochqualifizierter Ausländer durch Hochschulen, Wissenschaft und Wirtschaft plant die Bundesregierung allgemein, um dem „brain drain“ entgegenzuwirken?
81. Welche Maßnahmen sind geplant, um das Verbleiben von qualifizierten ausländischen Hochschulabsolventen in Deutschland zu erleichtern und zu fördern?
82. Hält die Bundesregierung Änderungen bei der Einbürgerung speziell für Hochqualifizierte für sinnvoll?
83. Welche Verschärfungen des Aufenthaltsrechts für ausländische Studierende sind im Hinblick auf die erforderlichen sprachlichen Vorkenntnisse geplant, und existieren noch weitergehende Überlegungen zur Verschärfung des Aufenthaltsrechts für ausländische Studierende?
84. Wie bewertet die Bundesregierung die Chancen, internationale Spitzenkräfte zukünftig nach Deutschland zu holen?
85. Wie bewertet die Bundesregierung ein sogenanntes Punktesystem, welches passgenaue Profile für die gewünschte Einwanderung definiert?

Berlin, den 30. Oktober 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion